

Drei Umfragen kurz vor Jahresende prognostizierten ihr übereinstimmend 42–45 Prozent der Stimmen (jetzt 37,8). Die Kommunisten würden danach (mit 36%) ihre Position gut behaupten, aber nicht wesentlich dazugewinnen. Die kleinen Parteien sind nicht nur in ihrem Stimmenanteil, sondern auch in ihrer politischen Substanz praktisch verbraucht. Ihnen (einschließlich der Sozialisten) würden Wahlen am wenigsten bekommen. Da absolute Mehrheiten nicht in Sicht sind, brächten sie höchstens eine Schwerkraftverschiebung in den Positionen. Ohne die *Gewerkschaften* könnte auch eine vom Wähler gestärkte DC wenig erreichen. Diese wiederum sind in Mehrheit bereit, auf die Kommunisten Rücksicht zu nehmen. Im übrigen scheint der DC der Mut zu fehlen, den Polarisierungsprozeß, der im Falle von Neuwahlen unausweichlich wäre, durchzustehen. Sie spielt auf Zeit und kalkuliert mit wach-

senden Schwierigkeiten im Kommunistenlager. So wird das Ergebnis wohl ein „mezzocolore“ (ein von den Parteien des Verfassungsbogens gesteuertes DC-Minderheitskabinett unter Einbeziehung von Experten) auf Zeit, genauer bis nach der Neuwahl des Staatspräsidenten im Dezember 1978, sein.

Es fällt auf, daß die Kommunisten seit einiger Zeit vom historischen Kompromiß nicht mehr reden oder ihm nur noch eine transitorische Bedeutung beimessen. Diese bisherige Lieblingsformel Berlinguers war 1973 als Reaktion auf das Scheitern der Allende-Volksfront in Chile entstanden. Erst jüngst wurde wieder darauf hingewiesen (vgl. *La Stampa*, 11. 2. 78). Heute ist die Situation anders. Berlinguer muß in Rechnung stellen, daß die DC diesen auf keinen Fall wollen kann. Ihre Antworten waren in diesem Punkt bisher auch unmißverständlich. Im übrigen hat das bisherige „Entgegen-

kommen“ gegenüber der DC die eigene kommunistische Basis verunsichert. Der Höhepunkt des Linkskonformismus unter kommunistischer Flagge scheint überschritten. Die Partei ist daran, sich neu zu orientieren. Vermutlich war die vorübergehende Drohung mit einer Volksfront doch keine leere Formel, sondern in ihrem Kern ein Hinweis von mittel- und langfristiger Bedeutung. Die KPI könnte ihrerseits versuchen, die DC durch immer neue erzwungene Zugeständnisse von innen her so lange auszulaugen, bis ein Teil zum Mitregieren mit den Kommunisten bereit ist. Das wäre dann eine Volksfront auf erweiterter Basis. Die Gefahr besteht. Vermutlich ist sie abwendbar, wenn die DC geschlossen bleibt und im Notfall auch zu vorzeitigen Neuwahlen bereit ist. Der historische Kompromiß jedenfalls ist nicht in Sicht, wie es in der „Süddeutschen Zeitung“ (8. 2. 78) hieß; er ist vielmehr tot. A. D.

Politische Entwicklungen

Was wird aus den Unionsparteien?

Wenn man den Demoskopien glauben darf, so erfreuen sich die Unionsparteien trotz mühseliger Oppositionsarbeit des ständigen Wohlwollens der deutschen Wählerschaft. Auf die monatliche Frage des *Allensbacher Instituts*: „Wenn schon am nächsten Sonntag wieder Bundestagswahl wäre, welcher Partei würden Sie dann Ihre Stimme geben?“ entschieden sich von Januar 1977 bis Januar 1978 regelmäßig zwischen 50 und 54 Prozent der Wähler für die CDU/CSU (vgl. *Allensbacher Berichte* 5/78). Die Gunst der Zustimmung schwankte zwar und hat sich in den letzten Monaten *knapp bei der absoluten Mehrheit* eingependelt, aber sie ist nie unter die 50-Prozent-Grenze gesunken. Es gab lediglich eine Ausnahme. Bei einer Blitzumfrage im Oktober, unmittelbar nach der Geiselfreiung in Mogadischu sprach sich eine knappe Mehrheit von 51 Prozent für die Koalition und nur 48 Prozent für die Union aus. Doch schon bei der nächsten (regulären) Monatsumfrage lagen die Präferenzen für die CDU/CSU wieder bei 51 Prozent, woraus das Institut schließt, daß auch Mogadischu anders, als es in den Medien

vielfach dargestellt worden ist, nicht wirklich einen Einbruch bedeutet hat.

Nun wäre es natürlich naiv, die Zahlen so zu nehmen, wie sie sind, oder daraus gar Prognosen – sei es für kommende Landtagswahlen, sei es für künftige Bundestagswahlen – abzuleiten. Die Frage selbst ist *hypothetisch*. Es steht ja keine (Bundestags-)Wahl bevor. Es sind zudem die Zahlen nur eines Instituts, wenn auch des in Sachen Wählerbefragung renommiertesten. Andere Demoskopien, so die *Mannheimer Studiengruppe Wahlen* oder *Infratest* (München), kommen an Hand der von ihnen beauftragten oder durchgeführten Befragungen zu für die Koalition günstigeren Ergebnissen. Zieht man aber die verschiedenen Bewertungsmethoden in Betracht, dann dürften sich die bereinigten Abweichungen in Grenzen halten. Das Gesamtbild bleibt für die Union günstig, auch wenn bei der Januarumfrage der Anteil der Unentschiedenen oder derer, die gar nicht wählen wollen, steigt; was wiederum nur bedeuten kann, daß die Unzufriedenheit mit den Parteien insgesamt zunimmt. Geht man weiter davon

aus, daß eine Opposition immer in erster Linie von den Schwächen und Problemen der Regierenden profitiert, und bedenkt man, daß die Mitgliederzahlen seit den Oktoberwahlen 1976 nicht mehr so stürmisch wachsen (nur ca. 12 000 Nettozuwachs im Jahre 1977 bei der CDU), so wird man sagen müssen: auch die demoskopisch erhobenen Dauerpräferenzen bleiben im Rahmen, erlauben der deutschen Opposition kein Frohlocken. Aber eines scheint sicher zu sein: eine *Grundtendenz zugunsten der Union* besteht, und dieser Tendenz kann auch die enorm hohe Zustimmungquote für den gegenwärtigen Bundeskanzler nicht viel anhaben.

Kreuth und was danach geschah

Zu dem fast beharrlich zu nennenden Wohlwollen der Wählerschaft steht allerdings das Innenleben und das politische Erscheinungsbild der Union in einem mehr als kontrastreichen Gegensatz. Es wird zwar jetzt durch die nicht ganz unbegründeten Chancen einer vorzeitigen Regierungsübernahme und den Zwang zu mehr Geschlossenheit vor der anstehenden Runde von Landtagswahlen korrigiert. Es ist aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre und Monate zu befürchten, daß auch diese Korrektur nicht lange hält.

Da ist einmal *der Fall Kreuth* und alles, was diesem seither folgte; nicht als Vorgang in sich, sondern als Syndrom eines ständigen Rivalitätskampfes zwischen CSU und CDU bzw. zwischen deren Führungsspitzen. Dabei wäre es Parteilichkeit, wollte man diesen Rivalitätskampf einfach so neutral konstatieren. Denn soviel wird der öffentlichen Meinung auch unabhängig von Zustimmung oder Ablehnung zu dieser oder jener Seite klar: Der Angreifer ist der kleinere Partner, und er ist dies jeweils mit beträchtlichen Positionsvorteilen. Er hat als Regionalpartei eine zwar nicht geschlossene, aber doch weitgehend homogenere politische Landschaft hinter sich, als sie dem größeren Partner CDU zur Verfügung steht. Er kann unter straffer Führung und unter – wenigstens vorläufig – wesentlich geringeren Reibungsverlusten seine Position auch gegenüber dem Partner in der Union öffentlich vortragen und ein Stück weit auch durchsetzen, ohne auf diesen Partner selbst und vor allem auf dessen Führungspersonal viel Rücksicht nehmen zu müssen. Die *Geschlossenheit einer regionalen Volkspartei* imponiert sogar dem parlamentarischen Gegner in einem Ausmaß, daß sich das auch in der Berichterstattung der Medien noch einmal zugunsten des kleineren Partners niederschlägt. Demgegenüber scheint die CDU bzw. deren Führung – da sie als Volkspartei mit breiterer und integrationsbedürftigerer Basis auf vielerlei Rücksicht nehmen muß – ihrem gegnerischen Freund in der Union nur unzureichend gewachsen zu sein. Insbesondere die Unionsführung ist so in Gefahr, sich in bloßer Defensive zu verschleißen.

Im Verlauf der letzten Monate bzw. des letzten Jahres ist auch allzu klargeworden, was die Aussage der CSU-

Spitze, der Beschluß von Kreuth sei durch die erneute Zusammenführung der Unionsparteien in die gemeinsame Fraktion nicht „aufgehoben“, sondern nur „überlagert“, für das aktuelle Verhältnis der beiden Unionsparteien zueinander bedeutet: Einmal ist es das *unaufhörliche Bestreiten des Führungsanspruchs und der Führungsqualitäten des CDU-Chefs* und gemeinsamen Fraktionsvorsitzenden unter dem Stichwort Kanzlerkandidatur. Wie antwortete doch Strauß im „Spiegel“ (2. 1. 78, S. 34) auf den Hinweis eines Interviewers, nach Aussagen eines CSU-Mannes demontiere sich Kohl zu einem Drittel selbst, zu einem Drittel mache das Schmidt und zum restlichen Drittel machen's CSU und Strauß?: „Dann hätten Herr Schmidt und ich zwei Drittel, das gäbe eine solide Mehrheit.“ Man kann ja den Führungs- und Regierungsanspruch eines bestimmten Kandidaten aus politischer Vernunft bestreiten, dann aber rechtzeitig und nur wenn Aussicht nach einer für alle annehmbaren Alternative besteht. Anders wird man damit nur dem politischen Gegner die Wahlkampfparolen liefern – ganz abgesehen davon, daß es zweifelhaft ist, ob sich dieselben Probleme im Verhältnis von CDU/CSU unter einer anderen Führung bzw. einem anderen Kanzlerkandidaten nicht wiederholen würden. Jedenfalls dürfte es dem Wähler schwer einsichtig zu machen sein, wie eine politische Konstellation, die mit Vorrang ihr eigenes Personal demoliert, die dennoch angestrebte absolute Mehrheit gewinnen soll.

Zum anderen ist da die *Dauerfixierung auf das Problem Vierte Partei*, das nach jedem beigelegten internen oder öffentlichen Streit immer wieder ausgegraben und auch von den Medien – wie könnte es anders sein – durch Nachfrage sorgfältig gepflegt wird. Dabei kann durchaus offenbleiben, ob damit wirklich eine vierte Partei, was heute eher unwahrscheinlich ist, gemeint ist oder eine wie immer geartete Ausdehnung der CSU auf andere Regionen der Bundesrepublik oder aufs ganze Bundesgebiet. Das Stichwort Vierte Partei erscheint dann neben der vorzeitigen Suche nach dem „anderen“, „geeigneten Kanzlerkandidaten“ als großer, *öffentlich ausgetragener Strategiekampf*. Beides zusammen führt aber im Ergebnis für beide Parteien zu einer Umkehr dessen, was man in der konkreten Lage der Union und im Blick auf die politischen Kräfteverhältnisse in der Bundesrepublik normalerweise eine Strategie der Vernunft nennen würde: Herausstellung der hohen Wahlgewinne vom 3. Oktober 1976, die nur sehr knapp unter der absoluten Mehrheit der Parlamentssitze blieben; Herausstellung des durch dieses Wahlergebnis legitimierte Führungsanspruchs; Ausnutzung der zahlreichen politischen Schwächen, unter denen gerade die gegenwärtige Regierung zu leiden hat; politischer Wettkampf mit der Koalition durch eigene Alternativen und dann Ausformulierung einer längerfristigen Strategie, die Entscheidungen über die erfolgversprechendste Formation und Konzeption des Wahlkampfes für 1980 einschließt, falls sich ein Koalitionswechsel bis dahin nicht abzeichnet.

Der vorzeitige Streit um den Kanzlerkandidaten und die Umkehrung dieser Strategie – man zieht die längerfristi-

gen Perspektiven vorzeitig in die öffentliche Diskussion und erschwert die volle Präsenz der Gesamtunion in der aktuellen politischen Auseinandersetzung – zwingt nicht nur die eigene Führung in die Defensive. Sie führt auch noch, was dem nicht hundertprozentig parteiidentifizierten Bürger schwer verständlich zu machen sein dürfte, zu einer *stufenweisen Demontage der eigenen Wahlgewinne*. Es ist nicht leicht einzusehen, wie er einer Parteienkonstellation das Vertrauen geben soll, die ihr eigenes Wahlergebnis herunterspielt. Damit ist vorsichtig der Tatbestand umschrieben, daß seitens der CSU-Führung in den letzten Monaten nicht nur einmal, sondern wiederholt von „drei aufeinanderfolgenden Wahlniederlagen“ gesprochen wird und so das zweithöchste Wahlergebnis der Union in ihrer ganzen Geschichte wegen der nicht erreichten absoluten Mehrheit von den Gewinnern selbst flugs in eine schlechthinige Niederlage umformuliert wird. Glaubwürdigkeit nach innen und außen läßt sich so schwer gewinnen, selbst wenn zu Zeiten von Wahlkämpfen solcher Streit etwas abflaut.

Als der Beschluß von Wildbad Kreuth auf dem Tisch der Union lag, stand die CDU vor der Alternative, die, ob wirklich beabsichtigte oder nur als Druckmittel angestrebte, Fraktionstrennung zu akzeptieren und den Gedanken von der Einheit der Union aufzugeben oder in der Hoffnung, man werde sich schon irgendwie arrangieren können, den Dauerkonflikt untereinander innerhalb und außerhalb der Fraktion sozusagen zu institutionalisieren. Letztlich hat die CSU selbst dafür gesorgt, daß es zur anderen Alternative gar nicht kam. Der Positionsvorteil in der Auseinandersetzung zwischen den Unionsparteien war ihr damit gesichert.

Verspielt die Union die politische und geistige Führung?

Man kann das alles mit dem Argument abtun, das seien übliche Parteiquerelen. Es seien Auseinandersetzungen über Personen und politische Strategien, die dort, wo, ob innerhalb oder zwischen den Parteien, um Macht gerungen wird, üblich sind. Sie berühren nicht die Substanz der beiden Parteien, nicht ihre Regierungs- und Führungsfähigkeit. Insgesamt sei die Union heute personell, politisch und geistig durchaus zur Ablösung einer zwischen wechselnden Schwierigkeiten dahinlavierenden Koalitionsregierung in der Lage.

Das trifft unter manchen Gesichtspunkten auch zu. Aber *politische Führung* hat noch keine Partei im Kampf mit bzw. gegen sich selber gewonnen. Der ständig wiederkehrende Streit einmal zwischen CDU und CSU, ein andermal zwischen verschiedenen Richtungen oder Führungsfiguren in der CDU unter interessierter Begleitung durch die CSU, kann kein Weg dahin sein. Es geht zwar vorwiegend um Personen oder um vermeintliche oder tatsächliche, wirkliche oder nur behauptete strategische Gegensätze und nicht um einen die Partei auseinandertrei-

benden ideologischen Dissens. Aber gerade der deutsche Wahlbürger ist gegen nichts allergischer als gegen in sich zerstrittene Parteien – ob ideologisch oder personell begründet. Das spürt die SPD; das spürt jetzt auch schon die CDU. Die wachsende Zahl von unentschiedenen Wählern (im Januar waren es nach Allensbach 20 Prozent [vgl. Allensbacher Berichte a. a. O.], die keiner Partei ihre Stimme geben oder die überhaupt nicht wählen wollten) ist ein Indiz dafür. Strategiegerangel als innerparteiliche Machtausgleichung goutiert auf jeden Fall der Wechselwähler nicht. Im übrigen dürfte im Grunde unbestritten sein, daß, wer Regierungsverantwortung übernehmen will, beides einkalkulieren muß: den Willen oder die Notwendigkeit, die Mehrheit allein zu gewinnen, *und* die Bereitschaft zur Koalitionsoffenheit gegenüber anderen demokratischen Parteien. Die Frage Koalition mit der FDP oder absolute Mehrheit ist zwar als Instrument unionsinterner Strategien interessant. Als Frage nach der politischen Führung, die sich ja wohl doch an den politischen Inhalten orientieren muß, ist sie eine durchwegs unpolitische Alternative, die geeignet ist, der Union beides zu verbauen: die absolute Mehrheit und die Führung in einer Koalition.

Und die *geistige Führung*, die, wenn der Republik gedient sein soll, Voraussetzung für die politische Führung sein muß? Diese gedeiht erstens nicht im luftleeren Raum, auch nicht in der parlamentarisch legitimen und notwendigen Abwehr des Gegners, sondern ist Ergebnis eines überzeugenden Programms und seiner Realisierungschancen und insofern auch der politischen Tagesarbeit. Man kann zwar über die Schwächen des Gegners an die Macht kommen. Diese Chancen in Führung umsetzen kann man nur durch einen Gestaltungswillen, der dem Bürger den Eindruck vermittelt, daß eine politische Partei die Situation beherrscht und Antworten auf die Probleme der nächsten Zukunft geben kann. Sonst ist ein *politisches Vakuum* zu befürchten, ein Zustand der Führungslosigkeit, ausgefüllt von verbaler Polarisierung, von sich ausbreitenden radikalen Tendenzen von den Rändern her, von aufkeimender Staatsverdrossenheit, die dann zu Lasten des gesamten Gemeinwesens geht. Dies ist zwar nicht der Zustand der Bundesrepublik, die Gefahr könnte sich aber in dem Maße vergrößern, in dem die Verschleißerscheinungen auf Regierungsseite zunehmen, ohne daß in den Oppositionsparteien eine der geistigen Führung mächtige Alternative nachwächst.

Nun wird man den Unionsparteien nicht wirklich den Vorwurf machen können, sie sähen dieses Problem nicht oder stünden mit geschlossenen Augen abseits oder sie vernachlässigen die längerfristig tragende politische Perspektivarbeit. Die CDU hat im letzten Jahr wenigstens *Ansätze einer neuen Profilierung* durch Diskussion zentraler und zugleich tagesbezogener politischer Fragestellungen erkennen lassen. Die deutschlandpolitische Debatte auf dem Düsseldorfer Parteitag 1977, verschiedene Fachtagungen wie die über die geistigen Wurzeln des Ter-

rorismus, die auch politische Gegner der Union beeindruckt hat, über Sicherheitspolitik und über Jugendarbeitslosigkeit sowie die Programmdiskussion auf dem Berliner Grundsatzforum sind Beispiele dafür. Die auf halbem Wege steckengebliebene Diskussion um die „*Neue Soziale Frage*“ ist ein weiteres, vermutlich sogar das bisher bedeutsamste Beispiel dafür. Angesichts der hochrangigen ordnungspolitischen Fragen, die sie aufwirft: Machtkontrolle und Machtverteilung bei den organisierten Gruppen, die Marginalisierung von Nichtorganisierten durch die Vormacht der Organisierten, wird man nicht, wie es *Oswald von Nell-Breuning* tut (vgl. *Soziale Ordnung* 4/76, S. 16f.), sagen können, die „*Neue Soziale Frage*“ sei an sich nichts Neues, es handle sich dabei nur „um nachzuholende Versäumnisse“. Wenn es sich um Versäumnisse handelt, so haben deren Folgen jedenfalls ein beträchtliches Ausmaß erreicht. Sie machen einen qualitativ neuen ordnungspolitischen Sprung notwendig, an den sich bisher – schon die jährlichen Tarifkämpfe machen dies deutlich – keine politische Gruppierung gewagt hat.

Aber da stellt sich fast immer *das Problem der parlamentarischen Umsetzung*. Zu viele Initiativen versandeten in der Vergangenheit in der Fraktion oder wurden schon vorher so zerpfückt, daß sie gar nicht erst dahin kamen. Ähnlich ist die Diskrepanz zwischen einzelnen Initiativen und ihrer Übernahme in Aktions- und Wahlprogramme. Eine Partei kann sich noch so sehr um offene Diskussion und um die Profilierung von Fragen und Antworten bemühen. Es hilft ihr im Blick auf ihren geistigen Führungsanspruch wenig, wenn sie das in der Partei Erarbeitete nicht durch die gemeinsame Fraktion entweder in den Gesetzgebungsgang bringen oder in auch von der Gesamtfraktion vertretene Aktionsprogramme umsetzen kann. Wenn, wie beim Programm der CDU zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geschehen, die Diskussion seitens der CSU-Führung, aber auch von Kräften innerhalb der CDU, schon erstickt wird, noch ehe sie richtig in Gang kommt, nur weil gewisse Vorschläge, wie Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze oder die Einführung von Hilfen für nichtberufstätige Frauen, nicht in ein totales Antikonzept zur deutschen Sozialdemokratie passen, können weder zentrale politische Themen ausdiskutiert werden noch läßt sich damit glaubhaft Opposition machen. Das ist zwar auch ein Problem der Führungsspitze der Fraktion, aber wenn man Ursache und Wirkung nicht verwechseln will, ist es noch viel mehr ein Problem des inneren Zustandes der beiden Parteien und der Gesamtfraktion.

Wo sind ihre Antworten auf Grundfragen von Staat und Gesellschaft?

Doch sind dies nur Vorfeldprobleme. Geistige Führung verlangt letztlich mehr als nur sachgerechte Beschäftigung mit den jeweils sich anbahnenden großen Themen der Wirtschafts-, Gesellschafts-, Außenpolitik. Eine politische Gruppierung, die heute das Gemeinwesen nicht nur

verwalten, sondern geistig führen und dadurch ihren politischen Führungsanspruch legitimieren will, muß *Antworten auf Grundfragen von Staat und Gesellschaft* geben können. Sie muß sagen können: Was heute die Aufgaben des Staates sind und was die einzelnen Bürger und organisierten Gruppen sich selbst abverlangen müssen. Sie muß sagen können, welche Erwartungen an den Staat zu Recht gestellt werden und wo Erwartungsverzicht geleistet werden muß bzw. wieweit der einzelne in seinen Sozialräumen für sein Glück verantwortlich und welches sein unerläßlicher Beitrag zum Gemeinwesen ist. Sie muß deutlich machen, wo individueller und kollektiver Egoismus das politische System korrumpiert; sie muß nicht nur den Interessenvertretern, sondern auch den Wählern sagen können, was in den gegenwärtigen Verteilungskämpfen möglich ist und was nicht. Mit einem Wort, sie muß sagen, was an Freiheit möglich und was an Ordnung nötig ist. An Demonstrationsobjekten – Terrorismus, Bürokratisierung, Rückgang an freier Initiative – fehlt es ja nicht. Liberalität, Freiheit werden zwar bis zum Nicht-mehr-hören-Können als Kampfparolen und Schlagworte verwendet. Sie sind es aber ihrem sachlichen Gehalt nach nicht. Daß Liberalität nicht durch Bürokratismus erstickt, aber auch nicht durch privaten Egoismus oder durch bloß konsumtive Inanspruchnahme öffentlichen Wohles unterlaufen werden darf, das pädagogisch-politisch und in der Gesetzgebung darzustellen, ist heute Aufgabe auch einer politischen, besonders aber einer auf das Christentum sich berufenden Partei. Was an Ordnung und Gemeinsinn gerade der Freiheit wegen zugemutet werden muß, gerade das politisch ins Konzept zu bringen, dürfte gegenwärtig die Aufgabe einer politisch zu verwirklichenden geistigen Führung sein.

Es ist bisher nicht erkennbar, daß es der Union über den Tagesgebrauch hinaus gelänge, dies zu tun. Sie kämpft offenbar mit einem *doppelten Handicap*, das sich auch in der Diskussion um das neue Grundsatzprogramm niederschlägt.

Sie ist als ideologisch relativ wenig festgeschriebene politische Gruppierung auf Pragmatismus abonniert und neigt in ihrer Mehrheit gewohnheitsgemäß zur *Unterschätzung von Grundsatzfragen*. Die Fähigkeit zu pragmatischen, undogmatischen Lösungen ist sicher selbst ein unerläßliches Instrument geistiger Führung, weil sie Bewegungsspielraum, Mobilität sichert. Pragmatismus macht aber auch blind für nicht tagespolitisch beantwortbare Führungs- und Gestaltungsprobleme. So besteht jetzt z. B. in der Union die Gefahr, daß sie in ihrer Mehrheit, froh über die sie begünstigende Tendenzwende in den politischen Erwartungen nach Jahren der Reform euphorie, in einen neuen Konservatismus zurückfällt und die ethischen und strukturellen Probleme staatlicher Ordnung, wie sie eben angedeutet wurden, nicht wirklich aufgreift, sondern es beim Gefühl, politisch recht gehabt zu haben, beläßt. Das zweite Handicap: Die Union hat in ihrer Tradition bisher den Staat allzusehr als Wirtschaftsstaat, die politische Freiheit des Bürgers allzusehr nur als Wirtschafts-

freiheit gesehen. Das hat erstens auch in der Union zu einer Vernachlässigung der Ordnungs- gegenüber der Verteilungspolitik geführt. Das hat zweitens den Blick für die *Aufgaben der politischen Führung im nicht materiellen Bereich* verstellt. Die politisch entscheidenden Ordnungsfragen liegen aber heute dort. Deswegen ist gerade das Freiheitsthema so enorm wichtig. Wenn aber in der Union (vgl. Kurt Biedenkopf u. a. in seiner Münchner Akademie-rede im Dezember 1973, brosch. S. 16) das Thema Gleichheit reduziert wird auf „Gleichheit der Chancen“ (nach dem Verständnis der CDU) oder „Gleichheit der Ergebnisse“ (im Verständnis der SPD), dann liegt da auch ein reduziertes Freiheitsverständnis zugrunde, denn Chancengleichheit aller kann noch nicht Freiheit für alle ausreichend sichern.

Im übrigen hilft es wenig, allein gegen Verlust an Freiheit durch Bürokratisierung und kollektivistische Tendenzen anzugehen. Wer gegenwärtig geistig führen will, muß dem Bürger politisch auch sagen können, was er sich das kosten lassen muß. Niemand kann jemanden in seinen Ansprüchen bestätigen und ihm zugleich Schutz vor deren Konsequenzen garantieren. Es geht auch nicht allein um Freiheit oder Bürokratisierung, sondern um die Tatsache, daß das *moderne Freiheitsverständnis* als gemeinsames Erbe von Aufklärung und marxistischer Emanzipationstheorie in eine Sackgasse geraten ist. Beide können nicht erklären, was Emanzipation als Prozeß und Ziel der Freiheitssicherung an Verantwortung impliziert. Deswegen, das merkt man auch in der Rechtsstaatsdiskussion, wird so mancher unfähig, den freiheitlichen Rechtsstaat anders zu begreifen denn als unbegrenzte Freiheitsgarantie für den einzelnen. Damit aber gerät die Schutzfunktion des Staates für alle und die Freiheit für das Gemeinwesen ins Wanken. Biedenkopf hat den Problemstrang hin und wieder grundsätzlich angesprochen. Aber richtig Gestalt angenommen hat die Diskussion darüber noch nicht.

Was bedeutet das „C“?

Mit geistiger Führung hat zweifellos auch das „C“ zu tun. Das ist sicher nicht in dem Sinne zu verstehen, daß die Herausstellung des Christlichen in der Union ein besonders sicherer Weg zur *Mehrheitsfähigkeit* wäre. Die Grundstimmung im Lande läßt trotz erkennbarer Versuche der Rückbesinnung auf christliche Wertvorstellungen eher das Gegenteil vermuten. Schon gar nicht wäre einer nichtkonfessionellen politischen Gruppierung wie der Union eine Fixierung auf das Christliche als alleinige oder allein zentrale Grundlage ihrer Politik zuzumuten. Eine Rückkehr zu einer Art überkonfessioneller Zentrumstradition steht nicht zur Debatte und könnte gerade aus kirchlicher Perspektive der Union niemand wünschen. Diese ist auch nicht in dem Sinn eine christliche Partei, daß ihre Mitglieder auf ein „konkret formuliertes christliches Bekenntnis“ oder gar auf die Zugehörigkeit zu einer Kirche verpflichtet würden. Auch die CDU kennt wie die anderen nicht auf Weltanschauungsersatz festgelegten Par-

teien die auf dem Karlsruher Parteitag 1960 „legalisierte“ *Unterscheidung zwischen Motiven und Zielen*. Eugen Gerstenmaier hat in jüngster Zeit mit dankenswerter Klarheit darauf aufmerksam gemacht (vgl. Herderbücherei INITIATIVE Bd. 21, S. 36). D. h., die Partei verpflichtet zwar ihre Mitglieder auf ihre politischen Ziele, aber nur sich selbst auf das Motiv, diese Ziele „aus christlicher Verantwortung und nach dem christlichen Sittengesetz“ anzustreben (§ 1 des Statuts). Ihren Zielen können natürlich auch Nichtchristen und Atheisten zustimmen. Auf dieser Linie bewegt sich auch das jetzt in Diskussion befindliche Grundsatzprogramm, wenn es einerseits feststellt, die CDU orientiere ihre Politik an den Grundsätzen christlicher Verantwortung, und man zugleich darauf zielt, daß die auf dieser Basis entwickelte Gestaltung von Grundwerten und politischen Zielen auch bei solchen Zustimmung finden, die sich die christliche Motivation nicht zu eigen machen können. Insofern trägt die Union *die Last einer Partei, die christlich und säkular zugleich ist*.

Daß dieses ihr inneres Wertgefüge sich trotz aller politischer Richtigkeit zu einer schiefen Ebene entwickeln kann, auf der das „C“ allmählich zu entgleiten droht, liegt auf der Hand. Daß gerade die gegenwärtige CDU-Führung sich an einer stärkeren Motivierung der Partei aus dem „C“ interessiert zeigt, ist bekannt. Ebenso sicher ist, daß parteiintern zum „C“ meist „betreten geschwiegen“ wird (Gerstenmaier). Dennoch kann die Union auf das „C“ nicht nur als verbindendes Element oder Klammer zwischen divergierenden Interessengruppen nicht verzichten. Sie bedarf des „C“ gerade in der Auseinandersetzung um die Grundfragen: Staat, Freiheit, Emanzipation, Verantwortung, Subsidiarität, Solidarität usw. Nur aus der Auseinandersetzung zwischen christlichem Menschenbild und der Freiheitsbewegung neuzeitlichen Denkens kann eine Antwort auf die für jede politische Führung in der Fortentwicklung des freiheitlichen Rechtsstaates entscheidende Frage gegeben werden: Wie muß der Bürger politisch (über die verschiedenen erzieherischen und gesellschaftlichen Instanzen) motiviert werden, damit er den Anforderungen der Freiheit gewachsen ist und damit aus dieser Freiheit Gerechtigkeit für alle wird?

Es sieht in der Union gegenwärtig danach aus, als ob Teile von ihr diese Frage und diesen Zusammenhang durch eine immer massivere *Gleichsetzung von Union und Konservativ* umgehen möchten, und das ohne Prüfung des jeweiligen ethischen Gehalts des „K“. Es ist durchaus eine Frage wert, ob Rechtfertigungshilfen für Militärdiktaturen, gerade in Ländern wie Chile mit langer demokratischer Tradition (vgl. ds. Heft S. 148 ff.), die Verharmlosung oder indirekte Billigung des südafrikanischen Apartheidsystems oder die Gleichsetzung von bewaffneten afrikanischen Unabhängigkeitsbewegungen (wie immer diese zu beurteilen sind) mit deutschen Terroristen, mit einer aus christlicher Verantwortung motivierten Partei zu vereinbaren sind. Dabei wird man wohl annehmen dürfen, daß das „C“ auch etwas mit politischer Klugheit zu tun hat und daß es auch in konservativem Sinne klug wäre, einem

rassistischen Regime ins Gewissen zu reden, gerade weil in Südafrika viel auf dem Spiele steht und die dort Regierenden auf Konservative noch am ehesten hören. Die Tatsache, daß örtliche Hierarchien wie in Chile und die kirchlichen Hilfswerke im südlichen Afrika durch manche Unionspolitiker in peinliche Verlegenheit gebracht werden, müßte ebenfalls einmal zum Anlaß genommen werden, zu prüfen, was sich mit dem „C“ verträgt und was nicht. Hinter vorgehaltener Hand ist auch von kirchlicher Seite die Kritik ohnehin beträchtlich groß geworden. Nur offen ausgetragen wird sie *noch* nicht. Daß auch das Verhalten christdemokratischer Politiker untereinander nicht nur mit parteipolitischer, sondern mit christlicher Solidarität etwas zu tun haben sollte, dürfte einleuchten.

Weiß die Kirche, um was es geht?

Richard von Weizsäcker hat unlängst in einem Interview mit dieser Zeitschrift gesagt: Wenn das „C“ im Verhalten der Partei verblasse, dann gehe das die Kirche unmittelbar an (vgl. HK, November 1977, 558). Er bejahte ein kritisches Wächteramt der Kirchen speziell gegenüber den „C“-Parteien mit der Begründung, es sei doch „zwingend für die Kirchen, daß sie sich für die Bedeutung und Behandlung des C durch eine große Partei interessieren, zu-

mal diese es in ihrem Namen trägt.“ Es gehe da ja um ihre ureigenste Sache.

Der letzten Aussage wird sicher vor allem die katholische Kirche ganz und gar zustimmen. Eine kritische Auseinandersetzung mit den Unionsparteien über das „C“ in ihrer Politik und in ihrem Erscheinungsbild aber findet, jedenfalls öffentlich, praktisch nicht statt. Das ist ein Schaden für die Union, aber sicher auch kein Nutzen für die Kirche. Der Union fehlt so ein notwendiges Korrektiv; ein Korrektiv auch für die in ihr politisch Handelnden. Die Kirche erleidet nicht nur politisch einen Verlust an Glaubwürdigkeit, wenn ihr Ureigenes politisch entfremdet wird. Hier rächt sich offenbar ein ungeschriebenes, aber im Verhältnis Kirche-Union praktiziertes Gesetz, daß man nicht öffentlich kritisiert, wer zum „eigenen Lager“ gehört und von dem man erwartet, daß er gewisse eigene Vorstellungen, Überzeugungen, Interessen gegenüber der Kirche fernerer Parteien mitvertritt. In der Kirche hätte man sich viele nutzlose Debatten über Äquidistanz zu den Parteien erspart, hätte man frühzeitig die Nähe zur Union als eine *kritische* Nähe verstanden und praktiziert. Man kann nicht sagen, die Kirche habe die Union durch unkritische Nähe in ihrer Fähigkeit zur geistigen Führung beeinträchtigt, aber sie hat sie nicht dazu herausgefordert. So haftet die Kirche mit, ohne daß von ihr selbst auf die Union noch eine spürbare Wirkung ausgeht.

D. A. Seeber

Brennpunkte

Vatikanische Ostpolitik vor verschärften Problemen

Die vatikanische Ostpolitik oder das, was man so nennt, die Versuche der zentralen Kirchenleitung, des Vatikans, den Kirchen in kommunistisch regierten Ländern Osteuropas auf diplomatischem Wege durch Verhandlungen, Abmachungen, Teilverträge mit den dortigen Regierungen das Leben, wenn irgendwie möglich, zu erleichtern und ihre Existenz zu sichern, scheint sich gegenwärtig in einer *nicht auffälligen, aber latenten Phase der Stagnation* zu befinden.

Nicht daß diese Politik in ihrem Wesen oder in ihren strategischen Grundsätzen sich geändert hätte. Was etwa im vorigen Sommer oder auch schon vorher über einen Kurswechsel im Vatikan spekuliert wurde, hat sich wenigstens vorläufig schon deshalb als gegenstandslos erwiesen, weil dieselben Personen dieselbe „Politik“ weiterführen. Es gibt keine Zeichen dafür, daß sie dabei von höchster Stelle

desavouiert würden oder daß der Papst in letzter Zeit grundlegend anders dächte. Die Reisediplomatie wird intensiv fortgesetzt. Besuche vatikanischer Prälaten in osteuropäischen Staaten sind fast alltäglich. Gewisse Erleichterungen für die Hierarchie in diesem oder jenem Lande, auch wenn es wie in Bulgarien und Rumänien solche minimalster Art sind, wird niemand leugnen wollen. Osteuropäische Besuche im Vatikan sind ranghöher und auch spektakulärer geworden: Man denke nur an den Vatikanbesuch des ungarischen KP-Chefs *János Kádár* im Mai 1977 und an die Audienz für den polnischen KP-Chef *Edward Gierek* und ihre auf atmosphärische Verbesserung angelegten politischen Begleiterscheinungen im November vergangenen Jahres.

Darin signalisiert sich zweifellos ein *taktisches Interesse einzelner kommunistischer Parteien* bzw. Regierungen